Tages-Anzeiger · Donnerstag, 19. Februar 2004

Faire Kinderzulagen bleiben ungewiss

450 Franken für jedes Kind: Dies fordert eine Volksinitiative, die der Bundesrat nun ablehnt. Er vertröstet mit Verbesserungen, die das Parlament anstrebt – seit Jahren allerdings ohne Erfolg.

Von **Bruno Vanoni, Bern**

Im Aargau erhält ein Arbeitnehmer 150 Franken Kinderzulage. Im Wallis gibts dagegen 260 Franken, ab dem dritten Kind gar 344 Franken. «Ungerecht und ungenügend» nennt die Arbeitnehmerorganisation Travail.Suisse diese kantonal unterschiedlichen Ansätze. Zumal es heute für 180 000 Kinder (von selbstständig oder nicht erwerbstätigen Eltern) gar keinen Anspruch auf Kinderzulagen gibt.

Problem seit 45 Jahren erkannt

Travail.Suisse, der frühere Christlichnationale Gewerkschaftsbund, fordert in seiner Volksinitiative «Für fairere Kinderzulagen» einheitlich 450 Franken für jedes Kind. Auch damit würden die durchschnittlichen Kosten von 1100 Franken, die Eltern pro Kind aufbringen müssen, nur zu einem Bruchteil gedeckt, wie der Bundesrat einräumt. Im Mittel beläuft sich die Zulage heute auf 184 Franken pro Kind.

Die Volksinitiative greift ein Problem auf, das die Bundesbehörden seit Jahrzehnten erfolglos zu lösen versuchen. Vor 45 Jahren schon hat eine eidgenössische Expertenkommission einheitliche Bundesvorschriften für Kinderzulagen gefordert. Im Parlament ist der jüngste Anlauf dazu – von der damaligen Baselbieter SP-Nationalrätin Angeline Fankhauser initiiert – seit rekordverdächtigen 13 Jahren hängig.

Der Bundesrat macht nun just diese schleppenden Bemühungen im Parlament als Alternative zur Volksinitiative von Travail.Suisse beliebt. Letztere würde Bund und Kantone unter dem Strich um zusätzliche 4,4 Milliarden Franken belasten, da der Beitrag der Arbeitgeber von heute 3,9 Milliarden Franken gemäss Initiativtext nicht erhöht werden soll. Dies würde Steuererhöhungen erfordern, was für den Bundesrat «nicht vertretbar und volkswirtschaftlich nicht zu verkraften» sei. Im Rahmen der parlamentarischen Initiative Fankhauser könne jedoch eine «konsensfähige und volkswirtschaftlich tragbare Lösung gefunden werden». Bisher hat der Bundesrat allerdings darauf bestanden, dass dieser Lösungsweg «nicht zu einer Kostensteigerung» führen dürfe. Der konkrete Vorschlag, den eine Nationalratskommission für eine landesweite Minimalzulage von 200 Franken ausgearbeitet hat, hätte Mehrkosten von 950 Millionen Franken zur Folge.

Dritter Weg im Parlament in Sicht

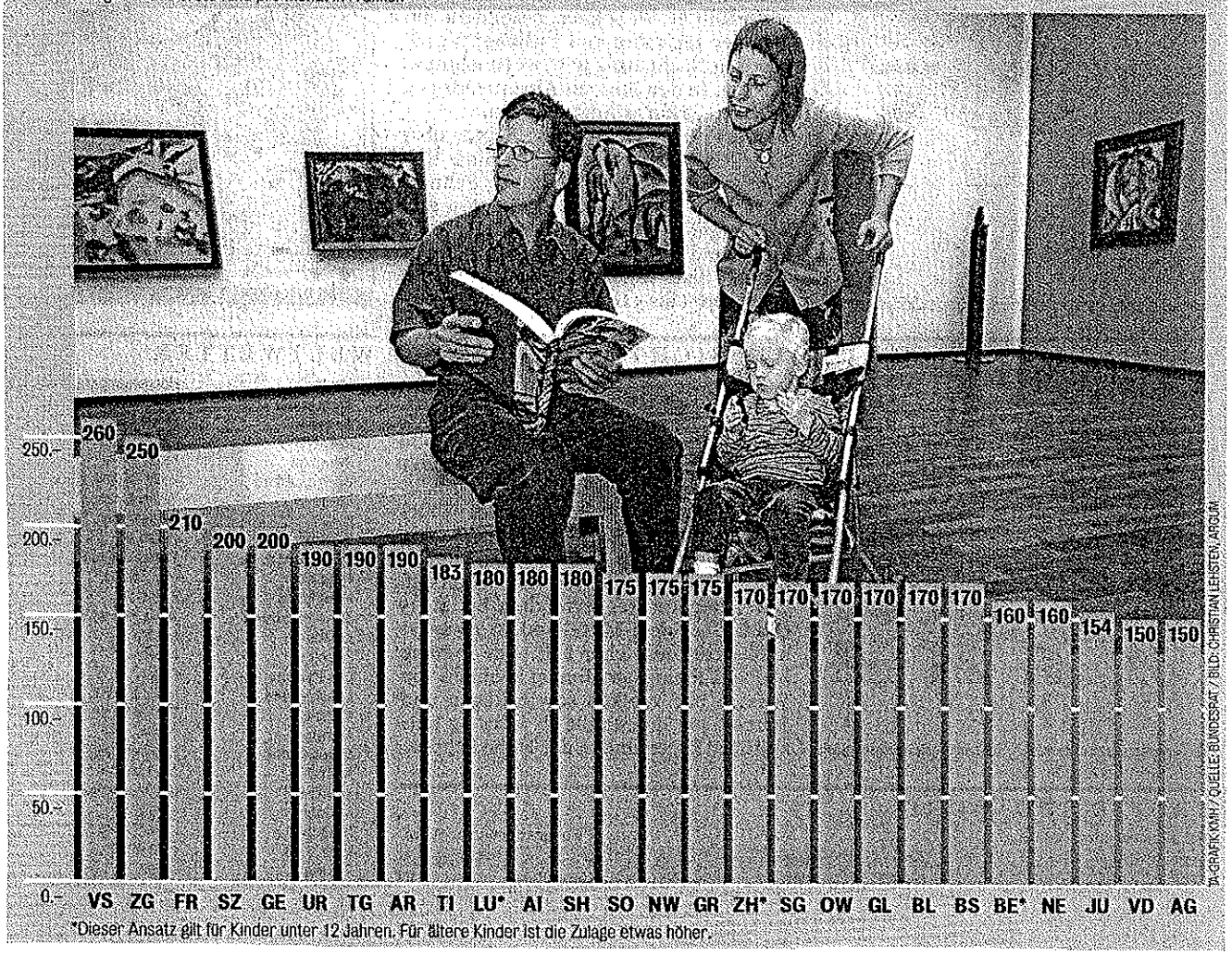
Bundespräsident Joseph Deiss zeigte sich gestern immerhin zuversichtlich, dass der Bundesrat einer Bundeslösung in diesem Rahmen «zustimmen kann». Auch die CVP hat sich gestern dazu bekannt. Der Arbeitgeberverband, die FDP und die SVP bekräftigten dagegen ihren Widerstand gegen jede Vereinheitlichung der Kinderzulagen. Angesichts dieser Konstellation halten es Kenner der Materie für möglich, dass das Parlament sein Alternativprojekt zur Volksinitiative aufgibt und einen dritten Weg forcieren wird: Mitte März will die Sozialkommission des Nationalrats Vorschläge in die Vernehmlassung schicken, die gezielte Zulagen für arme Familien nach dem Vorbild des Tessiner Modells vorsehen. Sie würden Bund und Kantone 600 bis 700 Millionen Franken kosten.

Alternative zum Steuerpaket

Wegen der unsicheren Erfolgschancen bezeichnet Travail.Suisse-Präsident Hugo Fasel den bundesrätlichen Verweis auf die parlamentarischen Arbeiten als «billige Ausrede». Auch die finanziellen Einwände teilt er nicht: Die Initiative könne mit den vier Milliarden Franken finanziert werden, die das Steuerpaket vorab an Reiche verteilen wolle. Auch die SP, die Grünen und der Gewerkschaftsbund werfen dem Bundesrat vor, eine falsche Familienpolitik zu betreiben: Vom Steuerpaket profitierten vorab Familien mit mindestens 150 000 Franken Einkommen, schreibt die SP. Doch in solchen reichen Familien leben nur gerade 11 Prozent der Kinder.

Kinderzulagen: Grosse Unterschiede zwischen den Kantonen

Zulage für das erste Kind pro Monat in Franken



*Dieser Ansatz gilt für Kinder unter 12 Jahren. Für ältere Kinder ist die Zulage etwas höher.

TA-GRAFIK KMH / QUELLE: BUNDESRAT / BILD: CHRISTIAN LEHSTEN, ARGUM